



## Frühjahrskonferenz

6. und 7. Juni 2018

# Beschluss

Baden-Württemberg  
Bayern  
Berlin  
Brandenburg  
Bremen  
Hamburg  
Hessen  
Mecklenburg-Vorpommern  
Niedersachsen  
Nordrhein-Westfalen  
Rheinland-Pfalz  
Saarland  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Schleswig-Holstein  
Thüringen

## **TOP I.5      Elternschaft im Wandel – Anforderungen an ein modernes Abstammungsrecht**

Berichterstattung: Thüringen, Berlin, Hamburg

1. Die sich fortentwickelnden Möglichkeiten der Kinderwunschmedizin, gesicherte Methoden zur Feststellung der genetischen Abstammung und eine gewandelte Akzeptanz vielfältiger Familienkonzepte führen dazu, dass Kinder zunehmend in Familien leben, in denen biologische, soziale und rechtliche Elternschaft auseinanderfallen. Die Justizministerinnen und Justizminister begrüßen daher, dass das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz Reformüberlegungen angestoßen hat, um das Statusrecht des Kindes zukunftsfähig zu gestalten. Die Überlegungen müssen sich am Kindeswohl ausrichten.
2. Die Justizministerinnen und Justizminister erachten den Abschlussbericht der Experten und Expertinnen des Arbeitskreises Abstammungsrecht sowie die Empfehlungen des 71. Deutschen Juristentages als eine Diskussionsgrundlage für die Fortentwicklung des Statusrechtes des Kindes.



## 89. Konferenz der Justizministerinnen und Justizminister 2018 | Thüringen

3. Die Justizministerinnen und Justizminister bitten die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, einen Gesetzentwurf zur Weiterentwicklung der Rechtsverhältnisse Eltern - Kind vorzulegen und über den Stand des Gesetzgebungsvorhabens bei der Frühjahrskonferenz der Justizministerinnen und Justizminister 2019 zu berichten.

Baden-Württemberg  
Bayern  
Berlin  
Brandenburg  
Bremen  
Hamburg  
Hessen  
Mecklenburg-Vorpommern  
Niedersachsen  
Nordrhein-Westfalen  
Rheinland-Pfalz  
Saarland  
Sachsen  
Sachsen-Anhalt  
Schleswig-Holstein  
Thüringen